

EP/ PNR/ EU-Russland

Straßburg, 10.06.2013

Bernhard RAPKAY:
**"Bürgerrechte nicht auf dem Altar
der Terrorismusbekämpfung opfern!"**

Die Sammlung von Fluggast- oder PNR-Daten (**P**assenger **N**ame **R**ecords - PNR) bleibt im Europäischen Parlament weiterhin umstritten. Am Montag entschied das Plenum in Straßburg den Vorschlag über ein europäisches System zur Fluggastdatensammlung in den zuständigen Innenausschuss zurückzuverweisen. Die Ausschussmitglieder hatten Ende April empfohlen, den Vorschlag ganz zurück zu weisen.

Bernhard RAPKAY, Stellv. Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Sozialdemokraten, sieht in dem Rückverweis an den Innenausschuss eine Niederlage für die Bürgerrechte: "Wir müssen endlich verstehen, dass mehr Überwachung im Ergebnis nicht zu mehr Sicherheit, sondern nur zu weniger Freiheit führt!" Aufgrund massiver Zweifel an der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen hatte **Bernhard RAPKAY** sich stets entschieden gegen das Datensammel-Projekt der Kommission ausgesprochen. "Ich bedaure, dass es auch aus meiner Fraktion Stimmen für die Rücküberweisung gegeben hat. Nach dem negativen Votum des Fachausschusses hatte ich gehofft, dass dieser unsägliche Vorschlag damit endgültig vom Tisch wäre. Ich werde mich nun erneut für eine Ablehnung einsetzen."

Das Thema Fluggastdatensammlung führt derzeit auch zu Spannungen zwischen der EU und Russland. Der Vorstoß, dass europäische Reise- und Fluggesellschaften die PNR-Daten ihrer Passagiere ab dem 1. Juli an russische Behörden weitergeben sollen, ist am Montagabend auch Thema einer Sondersitzung des Innenausschusses in Straßburg. Innenkommissarin Cecilia Malmström wird den Ausschussmitgliedern Rede und Antwort stehen müssen. "Ich erwarte klare Worte von Frau Malmström, dass wir uns von Russland nicht erpressen lassen. Eine starke Demokratie fußt auf Werten, nicht auf Totalüberwachung. Das müssen auch unsere russischen Freunde verstehen!", so **Bernhard RAPKAY**.

"Aufgrund massiver Eingriffe in die Bürgerrechte habe ich mich mit anderen seinerzeit gegen das bis heute umstrittene PNR-Abkommen mit den USA ausgesprochen. Gerade die in der letzten Woche bekanntgewordene systematische Überwachung von Netzwerken und E-Mails durch die US-Behörden, das sogenannte Prism-Programm, bestätigt unsere schlimmsten Befürchtungen, dass europäische Daten in den USA nicht ausreichend geschützt sind", zeigt sich **Bernhard RAPKAY** besorgt. Man könne nicht zu Hause unterstützen, was man andernorts kritisiert. Weiter: "Die Kritikpunkte an dem Vorschlag, etwa die nicht verhältnismäßige Datensammelwut und die daraus resultierende flächendeckende Überwachung der Bürger ohne klaren Mehrwert, gelten auch im Hinblick auf die Forderungen Russlands." Es sei überhaupt nicht klar, wer Zugang zu den erhobenen sensiblen Daten habe, zu welchem Zweck die Erhebung erfolge und wie sich Betroffene im Zweifelsfall rechtlich wehren können.